



## Deutschlands mangelhafter Energie- und Klimaplan ist rechtswidrig

**Deutschlands Beitrag zu den EU-Klima- und Energiezielen verletzt europäisches Recht / Germanwatch reicht Beschwerde bei EU-Kommission ein und fordert Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland**

**Berlin** (7. Nov. 2024). Germanwatch hat gemeinsam mit dem Deutschen Naturschutzring, mit dem Umweltinstitut München und mit der Klima-Allianz Deutschland eine Beschwerde bei der Europäischen Kommission eingereicht. Die Umwelt- und Entwicklungsorganisation wirft der Bundesregierung vor, zentrale Klima- und Energiegesetze der EU zu verletzen. „Angesichts des Wahlausgangs der US-Präsidentschaftswahlen ist es jetzt umso wichtiger, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten eine Führungsrolle im globalen Klimaschutz übernehmen und diesen mit der notwendigen Ernsthaftigkeit umsetzen. Der Green Deal ist nur so stark wie seine Umsetzung auf nationaler Ebene. Der aktualisierte Nationale Energie- und Klimaplan zeigt, dass Deutschland nicht die notwendigen Maßnahmen ergriffen hat, um seinen Teil zum Erreichen der EU-Klimaziele beizutragen. Vor allem bei Verkehr, bei Gebäuden und bei natürlichen Senken sind dringend weitere wirkungsvolle Maßnahmen erforderlich“, sagt Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch. „Die NEKP der Staaten bilden die Brücke zwischen den zum Schutz unserer Menschenrechte notwendigen EU-Klimazielen und den konkreten, nationalen Maßnahmen. Sie sind entscheidend dafür, dass die EU ihren Teil zu den global vereinbarten Zielen beiträgt. Die Kommission, vertreten durch Wopke Hoekstra, wird in den kommenden Wochen bei der UN-Klimakonferenz in Baku den Nachweis führen müssen, dass das Europäische Klimagesetz tatsächlich umgesetzt wird.“

### **Deutschland wird Klima- und Energieziele der EU reißen**

Die Bundesregierung wird absehbar nicht nur EU- Klima- und Energieziele reißen, sondern hat nach Einschätzung von Germanwatch bereits Vorgaben der Governance-Verordnung verletzt. Es fehlt im deutschen NEKP unter anderem ein Zeitplan für die Abschaffung fossiler Subventionen und eine Einschätzung der Energiearmut. Zudem wurde die Öffentlichkeit in die Ausarbeitung des Plans nicht einbezogen. Marion Guénard, Referentin für EU-Klimapolitik bei Germanwatch: „Die Europäische Kommission ist als Hüterin der Verträge dafür verantwortlich, die Mitgliedstaaten dazu zu drängen, das von ihnen selbst vereinbarte Recht einzuhalten. Wir erwarten von dem designierten Kommissar Hoekstra, dass er bei der heutigen Bestätigungsanhörung im Europäischen Parlament Engagement für die Einhaltung der EU-Ziele zeigt und erklärt, wie er die entsprechenden Durchsetzungsmechanismen verschärfen will.“

### **Weitere Beschwerden gegen Regierungen anderer EU-Staaten**

"Die deutsche Klimapolitik ist weder mit den Vorgaben der EU noch des internationalen und nationalen Rechts vereinbar", führt Germanwatch-Rechtsreferentin Francesca Mascha Klein aus. Neben der heutigen Beschwerde bei der EU-Kommission hat Germanwatch im September gemeinsam mit



Greenpeace und mehr als 54.000 Menschen eine Verfassungsbeschwerde gegen das abgeschwächte Klimaschutzgesetz eingelegt. „Die Novelle des Klimaschutzgesetzes ist verfassungswidrig und sie gefährdet zugleich das Einhalten zentraler EU-Klimaziele. Als größter Emittent Europas muss Deutschland seinen Beitrag zum Erreichen dieser Ziele beitragen“, so Klein abschließend.

Verstöße ähnlicher Art gegen das EU-Recht sind auch in NEKPs einiger anderer Staaten zu beobachten. Organisationen aus Frankreich, Irland, Italien und Schweden haben ebenfalls Beschwerden gegen ihre Regierungen eingereicht und die Kommission aufgefordert, rechtliche Schritte gegen die betreffenden Mitgliedstaaten einzuleiten. Mehr dazu: [climateplans.caneurope.org](http://climateplans.caneurope.org)

**Weitere Informationen:**

Germanwatch's Bewertung des deutschen NEKPs:  
<https://www.germanwatch.org/de/91588>

Verfassungsbeschwerde: <https://www.germanwatch.org/de/zukunftsklage>

